



Niederschrift

59. Plenarsitzung des Gemeinderates
11. Dezember 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

Punkt 15 der Tagesordnung: Erlass eines Alkoholkonsumverbots auf dem Werderplatz in Karlsruhe

Vorlage: 2018/0790

dazu:

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0871

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe beschließt, die Polizeiverordnung über ein Alkoholkonsumverbot auf dem Werderplatz in Karlsruhe (Anlage 1) zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 36 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag: Bei 9 Ja-Stimmen und 33 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Wir setzen hier schrittweise um, was wir miteinander besprochen hatten, ein ganzes Maßnahmenbündel, um die Belastungen des Werderplatzes zu reduzieren, aufzufangen, zu kanalisieren und möglichst nicht komplett irgendwo anders hin zu verdrängen. Dazu gehört dann der A hoch 3-Aufenthaltsraum, den wir dort schon eröffnet haben. Dazu gehört dann aber auch, das hat durchaus etwas miteinander zu tun, das Alkoholkonsumverbot auf dem Werderplatz.

Bevor wir jetzt in die Diskussion einsteigen, möchte ich mich noch einmal ganz herzlich beim Ordnungsamt und auch bei allen anderen bedanken, dass wir jetzt soweit sind, dass wir jetzt dieses Alkoholkonsumverbot gemeinsam erlassen können.

Stadtrat Döring (CDU): Herr Oberbürgermeister, Sie haben es gerade schon angesprochen. Das Alkoholkonsumverbot kann man an diesem Platz nicht isoliert betrachten, sondern ist natürlich eine von vielen Maßnahmen, die wir treffen, in einem Mix, gerade um die Situation am Werderplatz zu verbessern, die sich in den letzten Jahren als auch für die Bürgerschaft untragbar erwiesen hat. Dieses Alkoholkonsumverbot ist ein wirklich dickes Brett, an dem wir alle hier in diesem Haus, und besonders die CDU-Fraktion, lange gebohrt haben. Allein schon angefangen damit, dass erst einmal auf Landesebene die Rechtsgrundlage hierfür geschaffen werden musste, was natürlich auch etwas schwierig war, aber dann doch im Zuge der Koalitionsverhandlungen der grün-schwarzen Landesregierung Einfluss gefunden hat und dann auch erfolgreich umgesetzt werden konnte. Insofern sind wir froh, jetzt über dieses Instrument zu verfügen und endlich an dieser Stelle anzupacken.

Wie Sie schon ausgeführt haben, dieses Alkoholkonsumverbot greift eigentlich genau wie der A hoch 3 wie auch im Weiteren, wenn dann die entsprechenden Rahmenbedingungen klappen, mit dem Drogenkonsumraum wie mehrere Zahnräder ineinander, die für eine Entspannung an diesem Brennpunkt sorgen sollen. Dass natürlich ein Verbot auch nur so gut ist, wie dessen Kontrolle, ist jedem hier im Haus bewusst. Insofern sind wir froh darum, die weiteren Voraussetzungen in Form der Aufstockung des KOD geschaffen zu haben, um auch hier diesem Gebot entsprechende Wirkung zuteil werden zu lassen. Denn letzten Endes, ohne Kontrolle wäre dieses Verbot auch nichts wert.

Dass es sich hierbei um einen sehr starken Grundrechtseingriff handelt, ist auch der CDU-Fraktion bewusst. Wir sehen hier eine Art Ultima Ratio, eben weil wir den Bürgern mittlerweile schuldig sind, dort alles Mögliche zu tun, um die Situation zu verbessern. Insofern ist auch die Rechtsgrundlage mit sehr hohen rechtlichen Hürden verbunden, die fortlaufend geprüft und evaluiert werden müssen, ob diese denn noch vorliegen. Insofern kann ich das gut verstehen. Auch dass die GRÜNE-Fraktion beantragt, entsprechend dieses Verbot zu befristen. Aber wenn wir das sowieso machen müssen, wenn wir sowieso ständig evaluieren müssen, ob die rechtlichen Grundlagenvoraussetzungen für dieses Verbot noch vorliegen, hat sich dieser Antrag aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion eigentlich eher erledigt. Unsere Hoffnung ist es, genau wie wahrscheinlich die von den meisten hier, dass wir eines Tages am Werderplatz dieses Alkoholkonsumverbot gar nicht mehr brauchen, dass sich nämlich irgendwann die Situation so nachhaltig entspannt hat, dass die Menschen, die dort Hilfe suchen und hoffentlich jetzt auch auf die richtigen Bahnen, wenn auch leicht durch das Verbot, gedrückt werden, dann doch entsprechend Hilfe finden und dass dort wieder ein friedliches Miteinander möglich ist. Nichtsdestotrotz haben jetzt die Polizei und auch unser KOD endlich die richtigen Werkzeuge in der Hand, um dem Wunsch der Bürgerschaft Rechnung zu tragen und hier für mehr Sicherheit und vor allem für Ordnung zu sorgen. Dafür volle Zustimmung der CDU-Fraktion. Wir freuen uns.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch darauf hinweisen, Sie haben es indirekt schon gemacht, dass gleichzeitig auch der Änderungsantrag der GRÜNEN aufgerufen wurde. Das habe ich am Anfang versäumt zu erwähnen.

Stadtrat Zeh (SPD): Nach der Eröffnung von A hoch 3, dem alkoholakzeptierenden Aufenthaltsraum, der inzwischen, vielleicht auch durch die Wetterbedingungen, durchaus angenommen wird, ist dieser Erlass des Alkoholkonsumverbots auf dem Werderplatz der nächste Schritt. Es fehlt noch der Drogenkonsumraum aus dieser AG Werderplatz. Während wir noch warten müssen, dass der Drogenkonsumraum auf Landesebene rechtlich ermöglicht wird, ist – wie Kollege Döring gesagt hat – vor einem Jahr das Alkoholkonsumverbot ermöglicht worden mit klaren und umfassenden Randbedingungen. Wenn ich richtig sehe, sind wir die erste Stadt, die es auch tatsächlich umsetzen kann.

Ziel insgesamt ist es, den Werderplatz wieder zu einem lebendigen Platz der gesamten Südstadt zu machen. Die derzeitigen Belastungen des Werderplatzes durch Ordnungswidrigkeiten, Beschädigungen und Schmutz sind schon erheblich. Die bisherigen Maßnahmen wie beispielsweise Platzverweise haben leider nur geringe Wirkung gezeigt. Das war auch die Voraussetzung für das Verbot der durch Alkohol verursachten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten. Dies ist hier gegeben. Daher heute große Zustimmung, wie man in Anlage 3 sieht, von Bewohnern, Kirchen und Gewerbe für diesen temporären Erlass. Wichtig ist für uns Sozialdemokraten, dass auf dem Platz nicht nur Verbote ausgesprochen werden, sondern durch aktive Sozialarbeit auch Angebote für die Menschen gemacht werden. Auch dies haben wir durch Haushaltsmittel für die Arbeit vor Ort erreicht. Dies gehört für die SPD zum Gesamtkonzept der Suchtprävention.

Wichtig ist für uns Sozialdemokraten, dass der Erfolg der Maßnahme Alkoholkonsumverbot auch regelmäßig überprüft wird. Eine Evaluation sollte natürlich stattfinden. Wenn sich dies – so hat es auch Kollege Döring formuliert – als unwirksam darstellt oder nicht mehr notwendig ist, sind wir gerne bereit, diese Polizeiverordnung wieder aufzuheben. Daher halten wir den Antrag der GRÜNEN in diesem Sinne, wie ich es eben formuliert habe, für erledigt. Die SPD stimmt mehrheitlich für die Vorlage der Verwaltung.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Auch die GRÜNEN stehen zu dem beabsichtigten Alkoholverbot auf dem Karlsruher Werderplatz. Die angespannte Situation am und um den Werderplatz war und ist so nicht mehr hinnehmbar. Ob allerdings die Umsetzung des Alkoholverbotes gelingt und dann auch zur Entschärfung der Situation vor Ort beiträgt, wird sich zeigen. Daher finden wir es richtig, das Verbot zunächst auf drei Jahre zu befristen und dann auch zu evaluieren. Hier ist natürlich die AG Werderplatz unbedingt einzubeziehen. Wir fanden es richtig, dass in der Angelegenheit Werderplatz sowohl ordnungspolitische Maßnahmen als auch Sozialmaßnahmen kombiniert wurden. Trotzdem ist sozialpolitisch noch etwas Luft nach oben. Da können wir uns der Diakonie gut anschließen, dass die Öffnungszeiten von A hoch 3 unbedingt an die Zeiten des Alkoholverbotes angepasst werden. Bei einer späteren Evaluation bitten wir darum, dass auch gerade dieser Punkt extra beachtet wird. Die GRÜNEN werden heute der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Hock (FDP): Der Werderplatz beschäftigt diesen Rat schon ganz lange und intensiv. Keiner hier im Haus hat sich die Entscheidung, die heute getroffen wird, mit Sicherheit leicht gemacht, weil – wie der Kollege von der CDU schon gesagt hat – es auch im Grundgesetz nachvollziehbar ist, dass man Alkohol konsumieren kann. Man muss eines sagen, wir sind diesem Rat, ich sage es vorsichtig, aber auch den Leuten vor Ort, heute eine klare Entscheidung schuldig. Denn was sich in den letzten Jahren dort abgespielt hat, das ist nicht mehr der Werderplatz, den viele von uns noch aus jungen Jahren kennen. Am Werderplatz gab es immer Leute, die ihr Bier getrunken haben. Aber mittlerweile sind es nicht

nur ein paar, sondern ein paar zu viel. Das muss man ganz klar und deutlich sagen. Deshalb wird meine Fraktion, obwohl es für uns nicht ganz einfach ist, heute zustimmen, weil wir auf hundertprozentiger Linie des Bürgervereins liegen, dass es so am Werderplatz für die nächsten Jahre nicht weitergehen kann.

Für uns steht außer Frage, dass es hier noch einmal nach einer gewissen Zeit eine Überprüfung der Situation am Werderplatz gibt. Falls es sich am Werderplatz wirklich verändert, müssen wir noch einmal hier im Rat über diese Entscheidung nachdenken und sie neu bewerten. Ich wünsche, dass der Kommunale Ordnungsdienst und die Polizeikräfte gute Nerven mitbringen. Die werden sie brauchen, um dies dann in die Umsetzung zu bringen. Ich war schon einmal dabei und musste die Diskussion mitverfolgen, was da alles gesagt wird. Es ist nicht einfach für die Beamtinnen und Beamten auf der Straße, dies dann auch ordentlich umzusetzen. Ich wünsche uns, dass diese Entscheidung heute klar und deutlich ausfällt und dass es dann in die Umsetzung geht. Ich glaube und wünsche mir auch, dass es für die Anwohnerinnen und Anwohner dann zu erträglichen Zeiten und Abenden in den Sommermonaten kommen kann, dass es auch möglich ist, sich dort wieder aufhalten zu können, ohne dass es immer wieder Probleme gibt. Deshalb wird meine Fraktion heute dafür stimmen und auch 100%ig dahinter stehen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Die Situation auf dem Werderplatz erfordert dieses Alkoholverbot. Wir werden es heute mittragen.

Stadtrat Cramer (KULT): Meine Fraktion versteht nicht, warum wir heute zum wiederholten Male eine Polizeiverordnung auf den Weg bringen, zum wiederholten Male Maßnahmen beschließen, die dem Bürger sagen, was er zu tun hat. Ich erinnere an das Gebot, dass die Gehwege vor den Häusern selbst gefegt werden sollen. Ich sehe nicht, dass das vor allem im Innenstadtbereich wirklich erfolgt. Ich sehe aber auch vor allem nicht, dass das in irgendeiner Weise kontrolliert und dann entsprechend gehndet wird. Wir haben eine andere Vorgabe hier beschlossen, dass beispielsweise Zigarettenkippen nicht einfach weggeworfen werden dürfen. Auch da sehe ich nicht, dass diese Verordnung, diese Bevormundung, so nenne ich es jetzt einmal, des Bürgers in irgendeiner Weise greift, geschweige denn in irgendeiner Weise gehndet wird. Darin sehen wir auch die Crux mit diesem Alkoholverbot. Mich wundert – kleiner Einschub –, dass besonders die FDP als liberale Bürgerrechtspartei diese Sache mitträgt.

Wir sehen das so: Der Beschluss, der heute mehrheitlich fallen wird, das haben wir gehört, zeigt, dass wir nicht wirklich wissen, wie wir mit den Menschen auf dem Werderplatz umgehen sollen. Jetzt kommt die Ordnungskeule. Jetzt kommt die Polizeipräsenz auf den Platz. Wir gehen jetzt nach Hause, wir gehen in die Weihnachtsferien mit einer Zufriedenheit, dass wir jetzt etwas auf den Weg gebracht haben, was den Werderplatz betrifft. Aber jeder, der schon eine Weile im Gemeinderat ist, weiß, dass alles, was wir bisher gemacht haben, nie zum Erfolg geführt hat. Deswegen hätten wir jetzt auch erst einmal alle Maßnahmen, die wir beschlossen haben, die auch genannt wurden, konsequent durchführen müssen. Wir hätten wirklich eine längere Zeit gebraucht für die A hoch 3, dann den Drogenkonsumraum. Das hätte alles erst einmal eine gewisse Zeit auf den Weg gebracht werden müssen. Da hätten wir sehen müssen, was bringt das. Aber kaum ist das – seit ein paar Wochen – auf dem Weg, kommt das nächste. Es ist letztendlich eine große Placebo-Veranstaltung, die Sie heute machen. Sie rudern teilweise schon selber zurück, die GRÜNEN mit ihrem Antrag, dass es nur eine begrenzte Zeit gibt. Alle sagen, wenn es nichts

wird, nehmen wir die Polizeiverordnung wieder zurück. Das zeigt doch alles, dass in der letzten Konsequenz Sie gar nicht glauben, dass das etwas bringen wird. Es ist eine Verdrängungsverordnung. Eine Verdrängung der Leute. Klar, wenn ich jetzt einer der Menschen dort wäre, wäre ich sofort weg mit meiner Bierflasche, mit meiner Schnapsflasche, und würde mich woanders hin bewegen, wo nämlich das Verbot, dass man in der Öffentlichkeit trinkt, nicht greift. Das wird natürlich den Bewohnerinnen und Bewohnern, die das täglich erleben auf dem Werderplatz, erst einmal sicher gut tun. Aber das Problem, was wir haben, wird einfach nur verdrängt. Es wird in andere Stadtteile hineingezogen. Dann haben wir dort, je nachdem, was sich dann für Szenen entwickeln, dieselben Probleme. Vielleicht an mehreren Plätzen als nur an einem.

Von daher wird meine Fraktion heute dieser Beschlussvorlage so nicht zustimmen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Für Karlsruhe wird zu 100 % dieser Vorlage zustimmen. Und zwar deswegen, weil es kein Placebo ist, sondern weil es eine komplexe Problemlage ist. Wir haben jetzt eine komplexe Antwort gefunden. Wir haben nicht nur eine Maßnahme ergriffen, wir haben viele Maßnahmen ergriffen, die zusammen erst wirksam werden. Wenn das tatsächlich nicht der Fall sein sollte, müssen wir uns etwas überlegen. Aber ich habe in der Südstadt erlebt, dass selbst liberale Personen mittlerweile sagen, so geht es nicht weiter. Deswegen muss man genau an der Stelle etwas machen. Da können wir nicht einfach sagen, wir machen die Augen zu.

Wir machen tatsächlich etwas für die Menschen, die sich dort aufhalten. Wir haben die Sozialarbeit verstärkt mit dem Haushaltsbeschluss. Deswegen ist es genauso auch richtig, auf der anderen Seite, auf der Ordnungsseite zu wirken. Das zusammen wird bewirken, dass der Platz wieder allen Menschen gehört und nicht nur einer oder zwei Gruppen. Um das geht es aus unserer Sicht. Deswegen halten wir das für einen sehr richtigen Entschluss. Wir haben vor fast 10 Jahren eine Anfrage dazu gestellt. Da gab es noch keine rechtliche Grundlage dafür. Die ist jetzt da. Deshalb sind wir dankbar, dass wir zumindest einmal in diese Richtung gehen können.

Wie gesagt, 100 % ja.

Der Vorsitzende: Mir ist als Verwaltung noch einmal ganz wichtig festzustellen, dass wir schon mehrere Phasen der Initiativen auf dem Werderplatz hatten. Diese Phasen haben im Allgemeinen auch immer sehr gute Ergebnisse gebracht. Nur die Effekte haben dann nach ein paar Jahren nachgelassen bzw. es sind neue Personengruppen gekommen, mit denen wir dann auch wieder neu reagieren mussten. Insofern kann ich nicht ganz nachvollziehen, wenn im Raum steht, dass wir schon viel versucht hätten und es hätte nie etwas gebracht.

Dennoch ist in den letzten Jahren die Situation auf dem Werderplatz noch einmal komplexer und noch einmal schwieriger geworden. Ich bin sehr dankbar, dass wir jetzt auf der Landesseite die Möglichkeit haben, ein solches Alkoholkonsumverbot auszusprechen. Das ist aber keine Präventionsmaßnahme für den einzelnen Suchtkranken. Das hat auch mit unseren vielen anderen Ansätzen oft gar nichts zu tun. Es geht auch nicht darum, jemandem zu sagen, was er zu tun hat, sondern es geht darum, jemandem zu sagen, wo er es nicht zu tun hat. Weil man nämlich genau an diesem Platz auf der einen Seite eigentlich das Recht Alkohol zu konsumieren, erhalten möchte, aber auf der anderen Seite auch das Recht anderer Gruppen diesen Platz mitbespielen zu können, dort wohnen zu können, dort

Gewerbe treiben zu können, genauso wichtig schätzt. Insofern ist das kein Verfolgungsinstrument für den Einzelnen, sondern es ist ein Stück weit der Versuch einer Entzerrung einer Szene von diesem Platz weg. Natürlich stimmen alle Aussagen darüber, dass sich dann die einzelnen Gruppen möglicherweise an anderen Plätzen treffen. Insofern ist es auch gut, dass die Polizeiverordnung nicht sagt, für bestimmte Gruppen ist das Alkohol trinken überall verboten oder wir machen das zum Problem der einzelnen Gruppe, sondern dass uns diese Polizeiverordnung es nur ermöglicht, an einzelnen Plätzen, wo eine Belastung da ist, die sonst durch keine andere Möglichkeit in den Griff zu bekommen ist, dies zu beseitigen. Die Alternative wäre übrigens, dass wir immer warten, bis ein Einzelner dort in seinem betrunkenen Zustand einen Straftatbestand oder etwas Ähnliches begeht und den Einzelnen dann herausziehen. Das ist das, was uns manchmal heute nur übrig bleibt. Das führt aber trotzdem zu einer sehr schlechten Aufenthaltsqualität für alle anderen. Es durchbricht vor allem die Dynamik nicht, dass, wenn Gruppen zusammen treffen, die gemeinsam oder für sich alleine jeweils viel trinken, dann in Gruppenprozessen manchmal etwas ausbricht, das vielleicht, wenn es einzelne kleine Gruppen blieben, weniger problematisch werden würde. Ich sehe da durchaus, ohne dass ich das euphemistisch meine, auch eine Schutzfunktion für diejenigen, die sonst dort in einer Gruppendynamik am Ende vielleicht auch Dinge tun, die sie normalerweise an anderen Plätzen in kleineren Gruppen nicht tun würden. Ohne dass ich das jetzt aber an den einzelnen adressiere, sondern ich kann das über das Alkoholkonsumverbot auf dem Platz beziehen. Ich glaube, dass das manche Diskussion erleichtert, als mit den Herrschaften und vielleicht auch manchen Damenschaften dort vor Ort zu diskutieren, wo der Lautstärkepegel ist, wo das Trinkverhalten endet, weil wir es nicht mehr tolerieren können oder sonst welche frustralen Diskussionen führen, in die wir dann auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KOD oder der Polizei verstricken.

Lassen Sie es uns gemeinsam probieren. Ich habe die Ankündigungen aus Ihren Reihen nicht so empfunden, dass man sagt, es bringt nichts und dann heben wir es wieder auf, sondern es war eher die andere positive Vermutung. Es könnte sein, dass es wirkt. Wenn dann die Situation eine andere ist, dann müssen wir es auch wieder aufheben, weil wir es gar nicht bestehen lassen können. Es war eher verbunden mit einer positiven Erwartung und nicht aus einer negativen Erwartung heraus. Sollte die negative Erwartung eintreten, dass es nichts bringt, dann müssen wir eher mit anderen Maßnahmen noch stärker nachsteuern. Das wäre zumindest für mich an dieser Stelle die Konsequenz.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion auf. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann stelle ich zur Abstimmung die unveränderte Beschlussvorlage der Stadtverwaltung. – Das ist eine sehr deutliche Zustimmung.

Ich sehe darin auch ein Bekenntnis zu den verschiedenen Maßnahmen, die wir im Bereich des Werderplatzes besprochen haben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. Januar 2019